

Fadegrad



von
Roland Scheck

Znüni und Zvieri vom Staat

Wer im linken Zürich politisiert, sieht sich tagtäglich mit linken Auswüchsen konfrontiert. Umverteilung, Bevormundung, Gewerbe-feindlichkeit, Schuldenwirtschaft, Sozialmissbrauch, Verkehrsschikanen und Geldverschleuderung gehören zum Programm. Als bürgerlicher Politiker braucht es eine dicke Haut, um diese Fehlentwicklungen mitansehen zu können. Aber auch die dickste Haut nützt nichts, wenn man an der Oberfläche kratzt und hinter die Fassade des sozialistischen Apparates schaut. Dann tauchen immer wieder neue Überraschungen auf.

Im kantonalen Amtsblatt vom 20.03.2015 erschien eine Ausschreibung für eine Beschaffung der Stadt Zürich mit folgendem Inhalt: «Früchte für Grün Stadt Zürich mit Lieferung direkt zu den abgemachten Lieferorten auf dem ganzen Stadtgebiet. Die Lieferungen finden zweimal pro Woche statt. Die Früchte müssen biologisch sein und wo möglich aus der Region stammen. Zuschlag für 4 Jahre, mit Option auf Verlängerung um weitere 2 Jahre.»

Dieses Inserat wirkte sich unmittelbar auf die Herzschlagfrequenz des Schreibenden aus. Weshalb beschafft die Stadt Zürich Früchte? Inwiefern ist der Einkauf von Früchten eine Staatsaufgabe? Weiss der Steuerzahler davon und ist er damit einverstanden? Nein, der Steuerzahler weiss nichts davon. Er weiss nicht, dass die Stadt Zürich für sage und schreibe 100 000 Franken pro Jahr Früchte einkauft, um die Mitarbeitenden von Grün Stadt Zürich biologisch zwischenzuverpflegen. Die Staatsgärtner erhalten Znüni und Zvieri vom Staat.

Wie immer, wenn der linke Stadtrat von der SVP bei einer Schlawmeierei erwischt wird, flüchtet sich dieser in abenteuerliche Erklärungen. Laut Stadtrat sei der Früchteeinkauf eine Massnahme als Bestandteil des betrieblichen Gesundheitsmanagements und komme durch anstrengende körperliche Arbeit geforderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Aussenstellen zugute.

Also Schluss mit dem Faustbrot von zuhause, jetzt gibt's Vitamine vom Staat. Waldfest ade, Bio ahoi. Bitte nicht lachen, denn die stadträtliche Erklärungsposse geht noch weiter. Zitat: «Durch ein aktiv betriebenes Gesundheitsmanagement können Kosten (durch Verringerung von Absenzen) gespart werden, und es kann dazu beitragen, Grün Stadt Zürich als Arbeitgeberin attraktiv zu halten, was die Rekrutierung neuer Mitarbeiter erleichtert.»

Jetzt darf gelacht werden. Früchteschalen als Massnahme gegen Absenzen und Rekrutierungsprobleme! Das glaubt wohl nicht einmal der Stadtrat selbst. Aber der Bevölkerung kann man diesen Bären ja aufbinden. Sie wurde ungefragt zum Sponsor von Znüni und Zvieri für Staatsangestellte gemacht und wird jetzt zum Dank auch noch für dumm verkauft. Von einem Stadtrat übrigens, der sich für seine Sitzungen Markensandwiches liefern lässt. Ebenfalls auf Steuerzahlers Kosten.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Unselige Frauenförderung

In der Ratssitzung vom vergangenen Mittwoch ging es wieder einmal um die Förderung sogenannt benachteiligter Frauen. Grund war eine Motion von zwei Damen aus SP und GLP (GR Nr. 2015/40). Die Motionärinnen beauftragten den Stadtrat, für eine Erhöhung der Frauenanteile im mittleren und oberen Kader der Stadtverwaltung zu sorgen.



Daniel Regli
Gemeinderat SVP
Zürich 11

Die Motion fordert eine Zielvorgabe von mindestens 35 Prozent Frauen und Männern in Kaderstellen der Zürcher Verwaltung. Glücklicherweise wird keine starre Geschlechterquote verlangt. Bei einer «Zielvorgabe» hat der Stadtrat Handlungsspielraum für eine angepasste Umsetzung. Es wird also nicht zwingend 35 Prozent Kader-Frauen bei der Abteilung Geleisebau VBZ und auch nicht 35 Prozent Männeranteil in den Kindergärten der Stadt Zürich geben.

Kulturwandel anstreben

Natürlich haben die Motionärinnen beim rot-grünen Stadtrat offene Türen eingerannt. Die Stadtregierung liess in ihrer Stellungnahme zur Motion verlauten, dass der Frauenanteil zwar schon markant erhöht worden sei. Durch die Arbeit mit dem Gleichstellungsplan 2009–2013 sei eine gerechtere Vertretung der Geschlechter in der Zürcher Verwaltung erreicht worden. Die Stadtpräsidentin wies in der Debatte stolz darauf hin, dass der Frauenanteil in Kaderstellen

ihres Departements bereits über 40 Prozent liege. *Conditio humana!*

Grundsätzlich aber stimmt der Stadtrat ins Klagelied der Motionärinnen ein. Nach wie vor seien Kader-Frauen deutlich unterrepräsentiert in der Zürcher Verwaltung. Eine ausgewogene Besetzung sei noch nicht gelungen. Es müsse ein breiter Kulturwandel einsetzen, um den Zielwert von 35 Prozent in der ganzen Stadtverwaltung zu erreichen.

Selektion von Gottes Gnaden

Die SVP votierte in der Ratsdebatte heftig gegen eine überzeichnete Frauenförderung. Eine solche sei schädlich für die Stadt Zürich. Zum einen erzeuge sie hohe Kosten (Massnahmen, Controlling, Evaluationen und Berichte). Zum andern führe sie dazu, dass aus ideologischen Gründen bisweilen nicht die beste Person für eine Stelle ausgewählt werde. Man nehme Qualitätseinbussen hin, nur um eine Person des gewünschten Geschlechts auf den Posten zu hieven.

Gegen den Vorwurf der ideologischen Willkür bei Anstellungsverfahren hat sich der Stadtrat schon im Vorfeld der Debatte verwahrt. In der Weisung GR Nr. 2015/40 heisst es, dass die Auswahl einer Person gemäss Zielvorgabe erst zum Tragen komme, wenn «aufgrund einer objektiven Beurteilung die gleichwertige

Qualifikation» der Stellenbewerber/-innen feststeht. Wie Herrscher zu allen Zeiten, so beanspruchen also auch Zürcher Stadträte und HR-Verantwortliche die Fähigkeit, unfehlbare Entscheidungen zu treffen. Natürlich berufen sie sich nicht auf den Herrgott, sondern auf die «Objektivität».

Weiterer Abbau von Führungsqualität

Objektivität! Das ist natürlich Humbug. Jedes Anstellungsverfahren wird von einer subjektiven Person geführt. Dossiers zu begutachten und zu selektionieren, Bewerbungsgespräche zu führen und Anstellungsentscheide zu treffen, all dies sind sehr persönliche Tätigkeiten. Nie wird es Bewerber/-innen geben, die bzgl. Ausbildung, beruflichen Fähigkeiten und Sozialkompetenz genau gleich sind. Das macht es den Ideologen in der Stadtverwaltung leicht, unbeliebte Kandidaten/-innen aus dem Rennen zu kippen und Per-

sonen der eigenen Couleur zu favorisieren. Der Trend, in Zürich identitäts- und führungsschwache Frauen in Kaderstellen zu platzieren, wird also zunehmen. Unter dem Mantel der Objektivität lässt sich der ideologische Staatsumbau mainstreamgestützt (Linke, GLP, CVP und vor allem FDP) weiter vorantreiben.

Die Motionärinnen haben in ihrem Vorstoss auch bereits angetönt, welches die nächsten Schritte sein werden. Baldmöglichst soll die Vielfalt der Geschlechtsidentitäten bei der Besetzung der Kaderstellen in der Stadtverwaltung zum Tragen kommen. Dann soll es Zielvorgaben für die LGBTI-Klasse geben (Lesbo, Gay, Bi-, Trans- und Intersexuelle). Da die sexuelle Identität gemäss Gender-Ideologie fließend ist, wird dann der Abteilungsleiter in naher Zukunft am Morgen als Mann, am Nachmittag als Frau im Büro einfahren und seine/ihre hochkompetente Führungsfunktion wahrnehmen. Gnade dir, Zürich!

LESERBRIEF

Von der Verwaltung diktiertem Regierungsprogramm

«Regieret jemand, so sei er sorgfältig» (Römer 12,8). Das schwache, sozialdemokratisch gefärbte Regierungsprogramm 2015–2019 des Zürcher Regierungsrates entspricht einem von der Verwaltung diktierten – und die Verwaltung weiter aufblähenden – Katalog von kostentreibenden Einzelmassnahmen. Von einer Reduktion der im Standortvergleich hohen Steuerbelastung ist nicht die Rede. Nein – grösste Sorge der Zürcher Regierung scheint es zu sein, wie der gesetzlich vorgegebene, mittelfristige Ausgleich in der Staatsrechnung über acht Jahre erreicht werden kann. Der Regierungsrat rechnet lediglich mit rund 15 000 Zuwandernden pro Jahr, was aufgrund der derzeitigen Zuwanderungsraten leider als untertriebenes Wunschdenken betrachtet werden muss.

Die Bürokratie regiert, dies zeigen auch einige besonders auffällig schwammige Ziele und nicht unbedingt bürgerlichem Gedankengut entsprechende, geplante Einzelmassnahmen aus dem Regierungskatalog. Ziel Nr. 2.2.: «Der herausragende Hochschulstandort ist weiterentwickelt»; Ziel 4.2: «Die Gesundheitsversorgung im Kanton Zürich ist optimiert»; Ziel 7.2.: «Die kantonale Energiestrategie ist aktualisiert». Das Programm beinhaltet auch die Einführung des Lehrplanes 21 (trotz kurz vor dem Zustandekommen stehendem Volksbegehren gegen dieses unangebrachte Harmonisierungsprojekt), Einführung, Förderung und Evaluation neuer Modelle von Tageschulen und des integrativen Unterrichts.

Geplante Massnahmen im Kapitel Verkehr führen zur weiteren Marginalisierung des Motorisierten Individualverkehrs (MIV) gegenüber dem Öffentlichen Verkehr (ÖV). Ein Wille, neben dem ÖV für den grössten Verkehrsträger, den MIV, gezielt die Strasseninfrastruktur im Kanton auszubauen, ist nicht auszumachen. Generell soll auf besonders hohe Anteile des öffentlichen Verkehrs und des Fuss- und Veloverkehrs in städtischen Wachstumsräumen hingewirkt werden. Aktivisten aus dem Amt für Verkehr (der Volkswirtschaftsdirektion unterstellt) haben dem Regierungsprogramm mit der Forderung nach zeitgerechter Umsetzung von Agglomerationsprogrammen der Generati-

onen 1 und 2, der Festlegung eines kantonalen Velonetzplanes als planerische Grundlage in den regionalen Richtplänen und mit der geplanten Propagierung «prioritärer Massnahmen im Bereich Fussverkehr als A-Massnahmen» im Rahmen des beim Bund einzureichenden Agglomerationsprogrammes 3, dem Regierungsprogramm ihren eigenen (linken) Stempel aufgedrückt.

Der Verbürokratisierung einer fehlgeleiteten und subventionsgetriebenen Energiepolitik wird weiter Vorschub geleistet: als erste und wichtigste Massnahme wird propagiert, «ortsspezifische Dichten zu entwickeln, Akzeptanz dafür zu schaffen und die Innenentwicklung in den Gemeinden voranzubringen» (damit wird auch dem Beamten-Deutsch sicher zur Genüge Rechnung getragen). Die Festsetzung von (weiteren) Massnahmenplänen zur Verminderung der Treibhausgase und Anpassung an den Klimawandel fehlt genauso nicht im Regierungsprogramm der Bürokraten, wie die Einführung von Mustervorschriften im Energiebereich (MuKen 14), welche dem Kantonsrat mittels Änderung des Energiegesetzes unterbreitet werden sollen. Die Positionierung der Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich als interkantonale Regionalkonferenz soll gestärkt werden. Ein Innovationspark auf dem Areal des Flughafens Dübendorf soll nach Meinung der Regierung einen besseren Wissens- und Technologietransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft ermöglichen.

Fazit: Die Mehrheit dieser Regierungsziele und -massnahmen setzt eine weitere, massive Aufstockung des Staatspersonals voraus. Dazu genügt die gemäss Konsolidiertem Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) 2015–2018 ab dem Jahr 2016 bis ins Jahr 2018 geplante Aufstockung beim Personal um rund 1020 Vollzeitstellen nicht. Daher ist davon auszugehen, dass die Regierung dem Kantonsrat im Rahmen der Budgets der Planjahre 2015–2019 Mittel für Personalaufstockungen von gesamthaft über 2000 Stellen beantragen wird. Dem darf nicht entsprochen werden!

Hans-Peter Amrein, Kantonsrat, Küssnacht

LESERBRIEF

Vergleich EU/Griechenland versus EU/Schweiz

Im Prinzip lässt mich das Triumphgeschrei der Linken zum überraschenden Erfolg der Helenen kalt. Ich bin aber über diesen epochalen griechischen Sieg über die Tyrannei der «Vereinigten Bürokraten von Europa», die ihm seine «menschenverachtenden» Bedingungen aufzwingen wollten, ebenfalls hoch erfreut. Griechenland hat, als Wiege der Demokratie, für die Schweiz und alle andern demokratischen Staaten Europas eine Lanze gebrochen. Alexis Tsipras und sein Team sind gewiefte Taktiker und wissen ganz genau, dass sie am längeren Hebel sitzen. Die EU kann sich weder einen «Grexit» noch den Bankrott eines Mitgliedlandes leisten. Es werden dazu aber ein schmerzhafter Schuldenschnitt und neue Investitionskredite nötig sein. Portugal, Spanien und Italien werden jedes Entgegenkommen mit Argusaugen beobachten. Ein Dominoeffekt bei allzu pfleglichem Umgang mit den Griechen ist höchst wahrscheinlich.

Die EU-Südländer würden sofort mit eigenen Nachlassforderungen aufkreuzen. Die Slowakei, Tschechien und die baltischen Staaten, alle mit einem tieferen Lohnniveau als Griechenland, werden sich fragen, warum sie diese Misswirtschaft zulasten ihrer eigenen, nicht auf Rosen gebetteten Bürger mitfinanzieren müssen. Der französische Präsident wird von Merkel überall hin mitgeschleppt, obwohl er wohl eher eine Belastung darstellt und sein Land selbst vor der Zahlungsunfähigkeit steht.

Was passiert, wenn die französischen Banken in Griechenland einen Totalabschreiber vornehmen müssen? Stehen wir dann vor dem Zusammenbruch nicht nur der Eurozone, sondern der ganzen diktatorischen Fehlgeburt genannt EU? Wie willkommen wäre da dieses kleine «geostrategische Ünding» im Herzen Eu-ropas! Mit einem «schleichenden Zwangsbeitritt» könnte man doch diesen widerspenstigen Eidgenossen

mal so einen richtigen «Haircut» verpassen!

Zur Ehrenrettung Griechenlands sei noch erwähnt, dass die verfahrenstische Situation gänzlich auf die dilettantische Handhabung der Zinssätze und die leichtsinnige Begebung von Anleihen durch die Europäische Union und ihrer Banken zurückzuführen ist. Ich habe einmal das Beispiel eines Kleinkindes erwähnt, dem man eine grosse Schachtel mit Süssigkeiten hinstellt. Es wird alle auf einmal aufessen und sofort nach mehr verlangen. Die Verantwortung dafür tragen die Erwachsenen.

Bleibt die Frage, was und wie die Schweiz von der Verhandlungstaktik der Griechen lernen kann. Ist der Bundesrat überhaupt lernfähig oder fühlt er sich durch die Drohungen und schroffen Absagen der EU noch mehr eingeschüchtert? Der Bundesrat zerbricht sich wegen der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative den Kopf, weil diese mit der Personenfreizügigkeit der EU unvereinbar sei. Ja, ist denn das Vorgehen der EU mit der wirtschaftlichen Situation Griechenlands vereinbar? Ist ein Partner, der mehrfach seine eigenen Gesetze und Grundsätze vorsätzlich und opportunistisch gebrochen hat (Maastricht und Lissabon) überhaupt noch vertrauenswürdig? Die Schweiz ist nicht Griechenland! Wenn das wirtschaftlich schwache Griechenland die undemokratische EU erfolgreich in einen Entscheidungsnotstand bringen und ihr Konzessionen abringen kann, sollte es doch der wirtschaftlich viel stärkeren Schweiz gelingen, die EU zu Konzessionen zu «zwingen». Die Schweiz kann der EU unter den gegebenen Vorzeichen nicht gleichgültig sein. Aber unser Problem ist nicht die EU, sondern unser anpassersischer, schwächlicher, ratloser und verzagter Bundesrat, der dies der der EU auch bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit vor Augen führt.

Robert Nieth, Walchwil